

# Meldungen

von Ahmed Fazl und Walter Keller

## Transitabkommen mit Indien?

Derzeit prüft die Regierung von Sheikh Hasina, ob sie Indien Transitrechte zur Durchquerung von Bangladesh einräumen soll. Bereits seit längerem gibt es Gespräche zwischen den beiden Ländern, die vor allem von Indien angestrebt wurden. Durch die Transitrechte könnte Indien die Wege in seine östlichen Bundesstaaten extrem verkürzen. Aber Premierministerin Hasina hat bei der bisherigen Planung offensichtlich die Opposition vergessen. Schon mehrten sich die Stimmen zahlreicher Parteien, vor allem die der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) um die ehemalige Premierministerin Khaleda Zia, Bangladesh würde mit der Einräumung von Transitrechten den "Ausverkauf des Landes an Indien" einleiten. Auch sei die Regierung zu "Indienfreundlich", wobei auch auf Abkommen zwischen Indien und Bangladesh aus den letzten beiden Jahren hingewiesen wird. Dabei ging es vor allem um die gerechtere Aufteilung des Gangeswassers und einen Vertrag, der

eine Lösung der Probleme in den Chittagong Hill Tracts bringen soll. Beide Abkommen wurden von der Opposition heftig kritisiert. Im Zusammenhang mit dem Transitabkommen sieht die Regierung Hasina die Chance, den Staatshaushalt etwas aufzupolieren geht man doch von jährlichen Einnahmen durch Transitgebühren in Höhe von umgerechnet fast einer Milliarde Mark aus, die Indien an Bangladesh bezahlen müßte. Unabhängige Beobachter schätzen jedoch die Einnahmen als wesentlich geringer ein. In jüngster Zeit hat es in zahlreichen Städten des Landes zum Teil gewalttätige Demonstrationen von Gegnern des Transitabkommens gegeben.

## Bestrafung der Mörder von Mujib ur Rahman

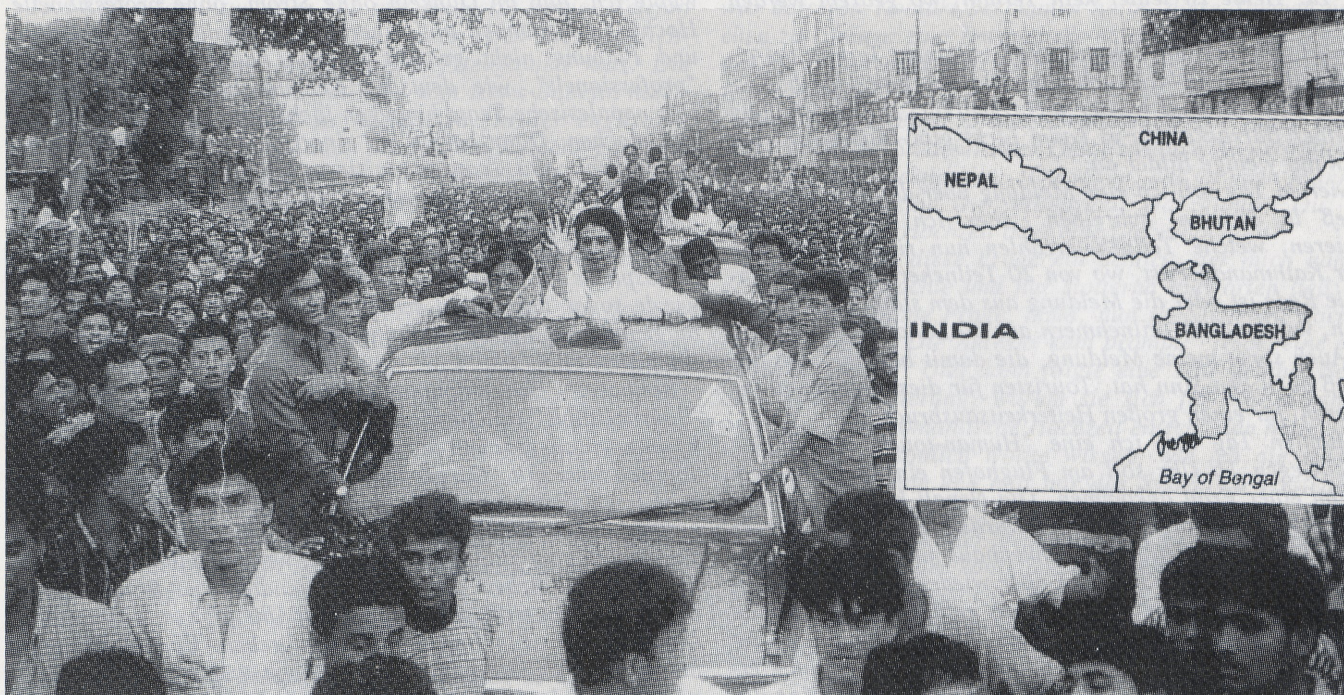
Anlässlich einer Gedenkfeier hat Premierministerin Sheikh Hasina nochmals versichert, sie werde sich dafür einsetzen, daß die vor einem Jahr verhängte Todesstrafe für die Mörder ihres Vaters, dem Staatsgründer Sheikh Mujib ur Rahman, auch vollstreckt würde. Bei

den Tätern handelt es sich um ehemalige Militäroffiziere, die am 15. August 1975 Rahman und zahlreiche seiner Familienangehörigen in ihrem Haus im Dhaka-Stadtteil Dhanmondi ermordeten. Hasina beschuldigte vor etwa 50.000 Trauergästen die größte Oppositionspartei, die 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP), und ihren Partner, die islamistische 'Jamaat-i-Islami', sie versuchten, ihre Regierung zu stürzen, Chaos im Land zu verbreiten und die Freilassung der verurteilten Armeeeoffiziere zu planen.

Insgesamt wurden 19 frühere Armeeeoffiziere bei dem spektakulären Gerichtsverfahren am 8. November 1998 für schuldig gesprochen. Alle wurden zum Tode verurteilt. Allerdings sitzen nur fünf der Täter in Bangladesh in Haft; die anderen befinden sich im Ausland. Die Regierung von Bangladesh hat ihre Auslieferung beantragt.

## Prominenter Oppositionspolitiker inhaftiert

Die Polizei hat im September einen früheren Minister und zwölf weitere po-



Die Oppositionsführerin Khaleda Zia bei einer der zahlreichen Protestkundgebungen gegen das Transitabkommen mit Indien (Foto: Pavel Rahman)

litische Aktivisten verhaftet. Dem ehemaligen Minister für Information in der BNP-Regierung unter Khaleda Zia, Anwar Zahid, wurde vorgeworfen, für den Anschlag auf das Büro der Zeitung 'Janakantha' verantwortlich zu sein. Der Anschlag fand im Zusammenhang mit einer Demonstration statt, die von der jetzt oppositionellen BNP organisiert war. Etwa 20.000 Teilnehmer verlangten den Rücktritt von Premierministerin Sheikh Hasina sowie Neuwahlen unter einer Übergangsregierung. Die Zeitungsredaktion wurde deshalb verwüstet, weil 'Janakantha' in der letzten Zeit die Versuche der Opposition, vor allem der BNP, die derzeitige Regierung zu Fall zu bringen, kritisch bewertet hatte. Bei dem Sturm auf die Redaktionsräume wurden insgesamt 30 Personen verletzt, einige erlitten Schußverletzungen. Ex-Minister Anwar Zahid hatte vor dem Sturm der Redaktionsräume auch vehement die derzeitige Politik der Regierung gegenüber Indien kritisiert. Vor allem wandte er sich gegen das geplante Transitabkommen, das Indien Durchfahrtrechte durch Bangladesh in seine östlich gelegenen Bundesstaaten einräumen soll. "Dies ist der Ausverkauf bangladeschischer Interessen und Souveränität", hieß es (siehe dazu auch die obige Meldung).

#### Asiatische Parlamentarier gründen Friedensforum

Über 100 Parlamentarier und 40 Friedensaktivisten aus mehr als 30 asiatischen Ländern, von Kuwait über Vietnam bis Sri Lanka und der Mongolei, fanden sich Anfang September in Dhaka ein, um die 'Association of Asian Parliaments for Peace' zu gründen. Die neue Vereinigung wurde am Ende einer viertägigen Konferenz gegründet und soll Frieden in Asien fördern, der Region mit der größten Bevölkerungszahl. Zur ersten Präsidentin wurde Bangladeshs Premierministerin, Sheikh Hasina, gewählt. "Das Ziel dieser neuen Vereinigung wird nicht nur der Einsatz für Frieden sein", verkündete sie, "wir werden auch daran arbeiten, die brüchigen demokratischen Strukturen vieler asiatischer Länder zu festigen". Konferenzsprecher Mohammad Manzur-e-Mowla sagte, die zukünftig in Dhaka beheimatete Vereinigung werde sich auch für ein Ende der Kinderarbeit einsetzen und eine asiatische Konvention zum Schutz der Menschenrechte entwickeln. Bilaterale Probleme zwischen asiatischen Staaten seien jedoch nicht Gegenstand der Arbeit der Organisation, deren nächstes Zusammentreffen in Kambodscha stattfinden wird. Von den großen asiatischen Nationen hatte nur Indien keine Teilnehmer entsandt. Dies wurde jedoch

auf die gerade zum Zeitpunkt stattfindenden Parlamentswahlen zurückgeführt.

#### Spannungen an der indisch-bangladeschischen Grenze

Ende September kam es an der Nordwest-Grenze zwischen Indien und Bangladesh zu einer Schießerei zwischen indischen und bangladeschischen Soldaten, bei der zwei Soldaten aus Bangladesh ums Leben kamen. Ein Sprecher des Außenministeriums in Dhaka erklärte, die beiden Soldaten seien von Mitgliedern der indischen 'Border Security Force' (BSF) während eines Grenzganges erschossen worden. Drei weitere bangladeschische Soldaten seien ebenfalls bei der Auseinandersetzung verletzt worden. Der Vorfall ereignete sich 340 km nordwestlich von Dhaka. Bei den jüngsten Vorfällen handelt es sich um den letzten in einer Serie, bei dem in jüngster Zeit 22 Bangladeshis, darunter drei Soldaten, den Tod gefunden hatten. Bewohner der Grenzstadt Chapai-Nawabganj berichteten, sie hätten bereits seit längerer Zeit beobachten können, wie Truppen und schweres militärisches Gerät aus beiden Ländern an der Grenze zusammengezogen worden seien. Als Hintergrund der Zwischenfälle wird die an vielen Stellen umstrittene Grenzziehung zwischen Indien und Bangladesh vermutet.

#### Keine Zahlung für russische MIG-29s

Ein Gericht in Dhaka hat Ende September die Zahlung in Höhe von 23 Millionen US-Dollar für die Lieferung von acht MIG-29s an Russland gestoppt. Die Flugzeuge sollten im Rahmen eines Militärabkommens ('Defence Technical Cooperation Treaty') zwischen beiden Ländern geliefert werden. Hintergrund für die Intervention des Gerichts ist eine einstweilige Verfügung, die der Oppositionsabgeordnete Zaman von der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) erwirkt hatte. Dieser beschuldigt die Regierung, das Geschäft ohne die Zustimmung des Parlamentes und des Staatspräsidenten abgeschlossen zu haben. Die neuen Kampfflugzeuge sollten die veraltete russische Flotte ersetzen. Derzeit ist unklar, wann die Flugzeuge geliefert werden. Das Gericht hat die Regierung jedoch angewiesen, bis zu einer endgültigen Entscheidung keine Zahlung zu leisten.

#### Acht Tote bei Anschlag auf eine Moschee

Sprengstoffexperten haben Mitte Oktober mit Untersuchungen des Spreng-

stoffanschlages begonnen, der am 8. Oktober eine Moschee in der Stadt Khulna verwüstete. Dabei waren mindestens acht Menschen ums Leben gekommen. Bei der Moschee handelt es sich um ein Gebetshaus der islamischen Minderheitensekte der Ahmadiya. Bisher konnte die Polizei keine Verdächtigen festnehmen.

#### Wieder Generalstreik

Anfang Oktober hat ein erneuter Generalstreik die Stadt Dhaka sowie drei weitere Großstädte Bangladeshs lahmgelegt. Es kam auch wieder zu zahlreichen Gewalttätigkeiten, wobei mindestens eine Person getötet und 150 verletzt wurden. Der Streik wurde erneut von der oppositionellen 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) organisiert, die damit die Regierung unter Druck setzen wollte, zurückzutreten und den Weg für Neuwahlen frei zu machen. Premierministerin Sheikh Hasina teilte mit, ihre Regierung werde bis zu den fälligen Wahlen im Jahre 2001 im Amt bleiben und nicht zurücktreten. Die zahlreichen Generalstreiks der letzten Monate haben weite Teile der Wirtschaft hart getroffen.